

Pressepapier: Forderungen zum Schutz der Landesgrünzone 28.06.2019

Verein Bodenfreiheit
Landwirtschaftskammer Vorarlberg
Initiative vau|hoch|drei
Naturschutzrat Vorarlberg
Naturschutzbund Vorarlberg
Alpenschutzverein Vorarlberg
Alpenverein Vorarlberg

BIO AUSTRIA Vorarlberg
Rainer Siegele, Bürgermeister
Kurt Bereuter, Bürgerrat Grund und Boden
Initiative Lebensraum Weiler
Initiative Ludesch
Verein Konsumentensolidarität-Jetzt
Österreichische Hagelversicherung

Breite Allianz von Bodenschutz-Organisationen sagt Stopp: keine weiteren Entnahmen aus der Landesgrünzone für fünf Jahre

Nachdenkpause zur Landesgrünzone von der Landesregierung gefordert!

Einen sofortigen, fünf Jahre dauernden Stopp der Herausnahme von Flächen aus der Landesgrünzone fordern in einem breiten Schulterschluss 13 Vorarlberger Initiativen: Verein Bodenfreiheit, Landwirtschaftskammer, BIO AUSTRIA Vorarlberg, Initiative vau|hoch|drei, Naturschutzrat, Naturschutzbund, Alpenverein, Alpenschutzverein, Bürgerrat Kurt Bereuter, Initiative Lebensraum Weiler, Initiative Ludesch und der Verein Konsumentensolidarität-Jetzt. Auch der Obmann des Vorarlberger Umweltverbandes und Bürgermeister von Mäder, Rainer Siegele, hat sich der Allianz angeschlossen.

Gemäß dem Ziel, Vorarlberg zum chancenreichsten Lebensraum für Kinder zu machen, fordern die Initiatoren des Moratoriums von der Landesregierung „mutig Verantwortung für unser aller Zukunft zu übernehmen und eine sofortige, fünfjährige Nachdenkpause auszurufen. In dieser Zeit darf es keine weiteren Herausnahmen aus der Landesgrünzone geben“ betont der Vorarlberger Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Moosbrugger. Stattdessen müsse das Land taugliche Strategien zur Umsetzung des Raumbilds 2030 und zur Sicherung der Grünzone entwickeln.

„Der rasante Verbrauch von Grünflächen in Vorarlberg gefährdet eine nachhaltige Entwicklung“, mahnt Moosbrugger. „Es geht um die Frage, ob man es in Zukunft schafft, eine Grundversorgung mit Lebensmitteln in Vorarlberg zu sichern. Grünzone bedeutet aber auch Speicherung von Kohlenstoff, Wärmeregulierung, Wasserrückhalt und Biodiversität. Grünzone ist Klimaschutz. Sorgsamer mit Grund und Boden umzugehen ist ein Gebot der Stunde.“

Dringender Handlungsbedarf

Martin Strele, Obmann des Vereins Bodenfreiheit, sieht dringenden Handlungsbedarf: „Derzeit werden in rasantem Tempo Flächen aus der Landesgrünzone herausgelöst. In einer Geschwindigkeit, die noch nie in der Geschichte der Landesgrünzone zu beobachten war.“ Dabei habe die Landesregierung erst im April dieses Jahres das Raumbild 2030 beschlossen – und damit auch das Ziel, „die Landesgrünzone in ihrem Zusammenhang und ihrer Größe zu erhalten und in ihrer Qualität zu stärken“.

Strele sieht insbesondere Landeshauptmann Markus Wallner in der Pflicht: „Der Landeshauptmann ist hier unglaubwürdig, wenn er einerseits betont, dass die Landesgrünzone gestärkt werden soll und andererseits jedem Antrag der Industrie nachgibt.“ Wallner müsse den „ambitionierten Zielen endlich auch entschlossene Taten folgen lassen“.

Langes Sündenregister

Auch Josef Mathis, Sprecher der Initiative vau|hoch|drei, kritisiert die Größenordnung und Geschwindigkeit, mit der Flächen aus der Landesgrünzone entnommen werden: „In der Praxis zeigt sich ein völlig anderes Bild als es die Landesregierung im Vorarlberger Raumbild beschlossen hat.“

In Fußsach habe das Land die Umwidmung von 3,7 Hektar für den Verpackungshersteller Alpla ohne eine nachvollziehbare Kompensation ermöglicht. In Ludesch sollen mehr als sechs Hektar beste Landwirtschaftsböden für die Red-Bull-Abfüllung verbaut werden. Der Bedarf für zehn weitere Hektar ist bereits angemeldet.

Positive Ziele im Raumbild

Laut Landesregierung soll das Raumbild eine vorausschauende, aktive räumliche Planung ermöglichen und stellt einen bindenden Handlungsrahmen für die Politik dar.

Landeshauptmann Wallner betont selbst, dass die Landesregierung kein Wachstum um jeden Preis will. Um die Landesgrünzone zu sichern, sollten Flächen aus der Grünzone nur im Ausnahmefall und auf Basis eindeutiger Regeln für die Kompensation herausgenommen werden.¹

Diese Regeln sollen in einem Aktionsplan in den nächsten Jahren erarbeitet werden. Zudem soll das Raumbild 2030 nach fünf Jahren im Raumbericht Vorarlberg unter Einbezug der Öffentlichkeit diskutiert und evaluiert werden.

Organisationen nehmen Regierung beim Wort

Die Allianz von Bodenschutz-Organisationen nimmt die Landesregierung beim Wort. „Wir fordern die Landesregierung auf, Flächenentnahmen aus der Landesgrünzone mit sofortiger Wirkung für den Zeitraum von mindestens fünf Jahren auszusetzen, bis der erste Raumbericht vorliegt“, formuliert Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Moosbrugger. In diesem Zeitraum sollen die nachfolgenden Maßnahmen umgesetzt und breit kommuniziert werden, die die Landesregierung selbst als „Handlungen oberster Priorität“ bezeichnet hat:

- Festlegung von Regeln durch die Landesregierung für die – in Ausnahmefällen erforderliche – Herausnahme von Flächen aus der Landesgrünzone und für deren flächenmäßigen und/oder qualitativen Ausgleich
- Erarbeitung von (regionalen) Landschaftsentwicklungskonzepten mit Schwerpunktgebieten und Schwerpunktnutzungen, zum Beispiel in der Landesgrünzone; dies betrifft unter anderem Vorrangflächen für Landwirtschaft (Bodenqualität), ökologisch bedeutsame Gebiete, Biotopvernetzung und Wildtierkorridore sowie Frei- und Grünräume für die Naherholung
- Evaluierung der Sondergebietswidmungen in der Landesgrünzone

Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen muss gemäß Raumbild nach fünf Jahren im „Raumbericht Vorarlberg“ unter Einbeziehung der Öffentlichkeit evaluiert und diskutiert werden.

Zudem fordern die Initiatoren des Moratoriums eine aktuelle Bestandsaufnahme der gesamten Fläche der Landesgrünzone. In den fünf Jahren bis zum Raumbericht Vorarlberg sollen alle Widmungen als Freifläche-Landwirtschaftsgebiet (FL), Freifläche-Freihaltegebiet (FF) und Freifläche-Sondergebiet (FS), bei denen die Realität nicht den Zielen der Landesgrünzonenverordnung entspricht, korrigiert und bereinigt werden. Nur so kann der tatsächliche Flächenwert der Landesgrünzonen gemäß den Verordnungszielen ermittelt werden.

¹ <https://presse.vorarlberg.at/land/dist/vlk-58914.html>

Mutig Verantwortung übernehmen

Die Organisationen zeigen sich im Bodenschutz kämpferisch. Hildegard Breiner, Obfrau des Naturschutzbundes, sieht im Erhalt der Grünzone „eine der wichtigsten Fragen für die nächsten Generationen. Der Beschluss der Landesgrünzone durch die politischen Entscheidungsträger vor über 40 Jahren war weit vorausschauend und wird vor dem Hintergrund des Klimawandels in Zukunft noch wichtiger.“

Auch Josef Mathis sieht in der Landesgrünzone „das wichtigste raumplanerische Instrument Vorarlbergs“. Er appelliert im Namen der Bodenschutz-Allianz an die Regierung: „Die Grünzone darf jetzt nicht durch vorschnelle weitere Herausnahmen dauerhaft beschädigt und geschwächt werden. Das ist ganz im Sinne des Leitsatzes des Raumbilds 2030: Zukunft Raum geben.“

Bodenschutz ist Klimaschutz

Unterstützung erhalten die Vorarlberger Initiatoren des Moratoriums von der Österreichischen Hagelversicherung. Sie thematisiert mit ihren Initiativen „Hallo Vernunft“ und „Bodenlos macht brotlos“ seit Jahren den rasanten Bodenverbrauch in Österreich. Dr. Kurt Weinberger, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, fordert ein Umdenken im Umgang mit dem Boden: „Boden ist für die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln notwendig. Der Selbstversorgungsgrad in Österreich bei Brotgetreide beträgt aber nur mehr 85 Prozent, bei Obst und Gemüse gar nur mehr 50 Prozent. Wir sind also jetzt schon sehr verletzlich.“

Der Boden dient aber nicht nur der Produktion von Lebensmitteln. Als CO₂- und Wasserspeicher reguliert er auch unser Klima. „Die Zahlen zeigen, dass wir dabei ungebremst auf eine Katastrophe zusteuern“, schildert Weinberger. In den letzten fünf Jahren gab es durch Dürre, Überschwemmung und anderen Wetterextremen einen Gesamtschaden in der österreichischen Landwirtschaft von rund einer Milliarde Euro! Der Klimawandel ist also ein Faktum, beschleunigt durch den Bodenverbrauch.

Für die Tier- und Pflanzenwelt ist der Boden außerdem unverzichtbarer Lebensraum. Der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung ist überzeugt: „Geht der Lebensraum verloren, verlieren alle Lebewesen auf unserem Planeten – letztendlich auch der ‚Homo sapiens.‘“

Weitere Unterstützung

Die Initiatoren der Bodenschutz-Allianz rechnen damit, dass sich in den nächsten Wochen weitere Initiativen und Privatpersonen den Forderungen anschließen: Dazu genügt eine E-Mail-Nachricht mit Absender und einem kurzen Statement an moratorium@bodenfreiheit.at